



Demokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

13. Jahrgang.

Mittwoch, 15. November 1933

Nr. 267.

Das deutsche Regime eine internationale Gefahr

Aufsehenerregende Rede Paul-Boncours in der Kammer

Paris, 14. November. In der Deputiertenkammer gab Außenminister Paul-Boncours eine wichtige Erklärung über die französische Außenpolitik ab.

Einseitig betonte Boncour, daß die französische Außenpolitik, ungeachtet aller Ereignisse im Ausland, unverändert bleibe. Frankreich verfolge nicht seiner Freunde und will mit allen Völkern guten Willens auf internationalem Boden zusammenarbeiten.

Eine innere Revolution hat Deutschland erschüttert und die Kräfte, auf die sich die französische Annäherungs-Politik verließ, wurden zerschmettert. Das ist eine Tatsache, über die man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

Trotz der noch so lauten friedliebenden Aufforderungen, die das gegenwärtige deutsche Regime verkündet, darf nicht vergessen werden, daß die Ideen, die die gegenwärtige deutsche Politik und insbesondere den bis zum Extrem ausgepeitschten Nationalismus der gegenwärtigen Deutschen Politik beherrschen, eine Gefahr bilden, gegen die sich alle Nachbarstaaten Deutschlands wehren müssen.

Die Rüstungsvorbereitungen, die in Deutschland bereits längst aufgenommen wurden, werden jetzt unkontrolliert verstärkt. Man könne sich daher nicht wundern, daß die Nachbarn Deutschlands beunruhigt sind. Die Ideologie, die heute in Deutschland herrscht, greift über die Grenzen Deutschlands.

Außenminister Boncour zitiert unter Beifall die Worte des Außenministers Dr. Beneš in den Außenanschlüssen der beiden Prager Kammern, daß es notwendig ist, ruhig zu bleiben und auf der bisherigen Arbeit für die Annäherung und Versöhnung der Völker zu beharren. Die Anstrengungen und Arbeiten, die

Frankreich zusammen mit den übrigen Staaten auf der Abrüstungskonferenz in Genf vollbracht haben, sind wichtig und bedeutungsvoll und können daher nicht einfach verlassen werden. (Beifall.)

Paul-Boncours skizzierte sodann die Hauptlinien der Arbeiten der allgemeinen Abrüstungskonferenz. Frankreich verlange nichts anderes als Bürgschaft für seine und der übrigen Staaten Sicherheit. Es will den Frieden, den gesicherten und auf internationale Konvention gestützten Frieden. Ein solcher freiwilliger Friede, unterzeichnet von allen Staaten, würde die erforderliche Beruhigung allen Staaten, auch Deutschlands bringen.

Der Außenminister betonte besonders die Bedeutung der internationalen Rüstungskontrolle, welcher sich alle Staaten anschließen würden. Deutschland hätte hier Gelegenheit, das Werk der Versöhnung zu erleichtern und zu beschleunigen.

Frankreich bleibt seinen Freunden treu

Paul-Boncours zerstreute hierauf die Befürchtungen, als ob die intimere Zusammenarbeit Frankreichs mit Italien die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs zur Kleinen Entente und zu Polen geschwächt hätte. Frankreich wünsche eine Annäherung an Italien, wolle aber zur Kleinen Entente und zu Polen loyal bleiben und deren Vertrauen behalten.

Frankreich sei mit den Staaten der Kleinen Entente und mit Polen durch zu viele Bande und vertrauliche Beziehungen verbunden und kein französischer Politiker könne in Hinblick auf die prinzipiellen und traditionellen

Richtungen dieser französischen Politik verzichten. (Lauter Beifall.)

Für Oesterreichs Selbständigkeit

In vollem Einvernehmen mit Italien und der Tschechoslowakei habe Frankreich immer die Selbständigkeit Oesterreichs als grundlegenden Faktor für das Gleichgewicht und die Stabilität in Mitteleuropa angesehen und werde nicht zugeben, daß die Selbständigkeit Oesterreichs tangiert werde.

Zum Schluß erklärte der Minister: Frankreich, weit entfernt davon, eine Politik der Umklammerung Deutschlands zu betreiben, wie das manchmal behauptet wird, führt und wird eine Politik der Befestigung des Friedens durchführen und wird in diesem Geiste neuerlich zur allgemeinen Abrüstungskonferenz gehen. Frankreich ist bereit, mit Deutschland zu verhandeln, wenn es konkrete Anträge vorlegt.

Schluß mit der Hitlerlei

Eine Stimme aus England.

London, 14. November. (Reuter.) In der weiteren Debatte im Unterhaus, die gestern bis in die späten Abendstunden dauerte, sprach der Arbeiterparteiliche Wegwood, der erklärte: Die dringendste Notwendigkeit der Zivilisation ist, dem Geiste ein Ende zu machen, der gegenwärtig in Deutschland herrscht. Deutschland, sagte er hinzu, verschlingt Danzig, morgen wird es der polnische Korridor sein und jetzt kommt eigentlich Oesterreich an die Reihe. Wann werden wir „Hal!“ rufen?

Bei der Abstimmung im Unterhause wurde der Todesantrag der Arbeiteropposition mit 409 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Die liberalen Anhänger Sir Herbert Samuels enthielten sich der Stimme.

Gegen Deutschlands Aufrüstung

Frankreichs außenpolitische Offensive

A. Sch. Paris, Mitte November.

Frankreich hat bisher keine direkte Antwort auf Hitlers Faustschlag in Genf erteilt. Die große außenpolitische Debatte in der Kammer, die am 10. November begann, hat gezeigt, daß Frankreich nunmehr die Initiative ergreift. Frankreichs Gegenschlag kommt, er wird in den nächsten Tagen, spätestens Wochen, geführt werden.

Zwei Reden standen im Zentrum der außenpolitischen Aussprache: die Rede des Sprechers der radikalen Fraktion Guernut und die von Mandel, des Schülers und Vertrauensmanns Clemenceaus, der keiner Fraktion angehört, aber als Fachmann in den außenpolitischen Fragen in der Kammer eine große Autorität genießt. Beide Reden galten Deutschland, der deutschen Aufrüstung. Guernut hat den Standpunkt der radikalen Fraktion präzisiert. Man weiß, daß die radikale Partei eine Verständigungspartei ist, daß sie auch nach Hitlers Machtantritt für die deutsch-französische Verständigung war, daß sie alle Möglichkeiten zu einer außenpolitischen Entspannung ausnützt. Ihre Tradition und ihre Schlüsselstellung in der französischen Politik machen die radikale Partei zum Pfeiler der Friedenspolitik in Europa. Sie war für den Viererpakt, sie war gemäßig und zurückhaltend im Ton, selbst die Nazipresse mußte die unkriegerrische, die friedensfördernde Haltung der radikalen Außenpolitik unter Daladier anerkennen. Die deutsch-fascistische Presse sprach seinerzeit gerne von dem friedensliebenden „Frontsoldaten Daladier“. Es ist keine Uebertreibung zu sagen, daß die deutsch-fascistische Außenpolitik auf diese Haltung der Radikalen weitgehende Spekulationen und große Hoffnungen setzte.

Nun meldete sich in der Kammer die Partei Daladiers zum Wort, und es hat sich herausgestellt, daß die radikale Partei nicht daran denkt, Hitlers Hoffnungen zu erfüllen. Im Gegenteil, Hitlers Schlag gegen den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz hat am stärksten die Radikalen abgestoßen. Im Kampfe gegen die deutsch-fascistische Aufrüstung will die radikale Partei nunmehr führend sein, und da sie die Regierungspartei ist, wird auch Frankreichs Außenpolitik in der nächsten Zeit stark aktiviert werden. So sollte die Rede Guernut für Berlin als ein Sturmzeichen wirken. Guernut selbst stammt aus der alten radikalen Schule, ist ein ausgesprochener „Briandist“ und außerdem einer der Führer der Liga für Menschenrechte. Um so größeres Gewicht erhielten seine Ausführungen. Er begann mit einem Frontalangriff, ohne Beschränkungen, die Dinge mit ihrem wahren Namen nennend: die Flucht aus Genf sei ein Vertragsmanöver gewesen, Deutschland habe die Abrüstungskonferenz verlassen, um der Rüstungskontrolle zu entgehen. Es treibe eine totale Abrüstungspolitik der allumfassenden Militarisierung der Geister und der Organisation und der rücksichtslosen Kriegsmaterialanhäufung. Trotzdem, und hierin besteht die starke Seite der Außenpolitik der französischen Linken, war Guernut gegen eine Gewaltpolitik. Er verlangte politische Gegenmittel. Die Antwort der radikalen Partei an Hitler, durch Guernut verkündet, lautet: unter keinen Umständen Separatverhandlungen mit Deutschland, auch keine Verhandlungen im Rahmen des Viererpaktes, auch keine Konferenz der Großmächte; sondern nur Verhandlungen in Genf, im Rahmen der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes. Damit wird die Außenpolitik Hitlers durchkreuzt. Der Weg der Geheimkonferenzen, wo er auf die Unterstützung Mussolinis und die wohl-

Hendersons Demissionsdrohung soll Klarheit in der Abrüstungsfrage schaffen

Genf, 14. November. In Völkerbundkreisen herrscht große Spannung, da die angekündigte Demission Hendersons noch immer Gegenstand der verschiedensten Kommentare bildet und Ungewißheit darüber herrscht, was er in der nächsten Zeit unternehmen will. Eine tatsächliche Demission Hendersons würde unter den Umständen, die heute die Arbeit des Ausschusses in Genf aufhalten, eine sehr gefährliche Lage hervorrufen.

Daher erwartet man auch mit Spannung, wie die römische Regierung und namentlich die Londoner Regierung auf die Geste Hendersons reagieren werden. In diesem Zusammenhang wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Hauptursache der Entscheidung Hendersons in England liegt und zur Politik der Labour Party gehört. Henderson soll seine Entscheidung im Einvernehmen mit der Leitung der Labour Party nach der gestrigen Erklärung des englischen Ministerpräsidenten Macdonald getroffen haben.

Es wird ferner behauptet, daß Henderson entschlossen ist, das Büro der Abrüstungskonferenz noch vor dem festgesetzten Datum, längstens bis Mittwoch nächster Woche, einzuberufen, um so die Regierungen einiger Großmächte zu zwingen, zur allgemeinen Abrüstungskonferenz verantwortliche Staatsmänner zu schicken und Schritte zur Klärung der Lage zu unternehmen.

Henderson erklärte heute dem Vertreter des Reutersbüros, daß ihm die gegenwärtige Lage auf

der Abrüstungskonferenz große Sorgen bereite; er fühle, daß ihm die berechtigter Weise erwartete Unterstützung nicht zuteil werde. Als die italienische Delegation zu Versetzen gab, daß ihre Aufgabe in Genf nur die Aufgabe eines Beobachters sei, sei Henderson sehr enttäuscht gewesen. Außerdem bestehe sichtlich kein guter Wille, nach dem Austritt der Deutschen aus der allgemeinen Abrüstungskonferenz entscheidende Schritte zu unternehmen, die einzig und allein zum Abschluß einer Konvention führen können. Henderson könne unter den gegebenen Verhältnissen nicht unendlich lange in Genf bleiben. Wenn keine Vorkehrungen zu einem größeren Fortschritt getroffen würden, sehe Henderson keinen anderen Ausweg, als die ihm vom Völkerbundrat übertragenen Funktionen zurückzustellen.

Die Liberalen in Opposition?

London, 14. November. (M.) Die liberalen Abgeordneten, die bisher in den Bänken der Regierungspartei im Unterhause saßen, treten heute zusammen, um darüber zu beraten, ob es nicht besser wäre, auf die andere Seite der Kammer in die Oppositionsbänke einschließlich der Rechten zu übersiedeln, was ihnen die Möglichkeit bieten würde, den Gegenstand der Debatte an bestimmten Tagen zu wählen.

„Times“ ist der Ansicht, daß die liberale Partei heute mit großer Mehrheit beschließen wird, in den Bänken der Opposition Platz zu nehmen, wenigstens in großer Mehrheit, so daß einige Mitglieder der liberalen Partei an ihrem Platz bleiben würden.

Ein neuer Wahlsieg in der Schweiz

Bei den Basler Bürgerratswahlen

Basel, 13. November. (Zusa.) Am Samstag Sonntag fanden in Basel die Erneuerungswahlen in den Bürgerrat statt; bei dieser Wahl haben nur Bürger, die das Baseler Bürgerrecht besitzen Stimmberechtigung. Wie in Zürich und Genf ist auch in Basel die Sozialdemokratie auf dem Vormarsch. Es erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten 4624 (3134 im Jahre 1930), Radikaldemokraten 3182 (2350), Bürger- und Gewerkepartei 2576 (2263), Liberal-konservern 2657 (2273), Evangelische Volkspartei 580 (633), Kommunisten 2209 (1522), Katholische Volkspartei 2070 (1799).

Die voraussichtliche Sitzverteilung im vierzig Mitglieder umfassenden Bürgerrat ist folgende:

Sozialdemokraten 11 (bisher 9), Radikaldemokraten 7 (7), Bürger- und Gewerkepartei (die stark fascistischen Einschlag hat) 6 (bisher 7), Liberal-konservern 6 (bisher 7), Evangelische Volkspartei 1 (1), Kommunisten 5 (bisher 4), Katholische Volkspartei 4 (bisher 5).

